



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur
Stärkung und Vernetzung des Medienstandorts
(Kap. 02 05 Tit. 686 10)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 02 05 wird der Ansatz im Tit. 686 10 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Stärkung und Vernetzung des Medienstandorts) für das Jahr 2026 von 3.848,4 Tsd. Euro um 800,0 Tsd. Euro auf 3.048,4 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 02 05 wird der Ansatz im Tit. 686 10 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Stärkung und Vernetzung des Medienstandorts) für das Jahr 2027 von 3.848,4 Tsd. Euro um 800,0 Tsd. Euro auf 3.048,4 Tsd. Euro gekürzt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Dieser Titel ist durch eine Umschichtung aus dem Kap. 02 05 Tit. 686 11 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte zum Erhalt örtlicher Pressezustellstrukturen) um 800,0 Tsd. Euro gewachsen. Der Erhalt örtlicher Pressezustellstrukturen liegt jedoch ausschließlich in der Verantwortung des privaten Mediensektors und seiner Infrastrukturpartner. Hier mit staatlichen Subventionen einzugreifen, ist nicht ansatzweise nachvollziehbar und nährt die Vermutung, die Regierung wolle sich Privatmedien auf diese Weise gewogen machen. Mit der jetzigen Umschichtung entsteht zusätzlich der Eindruck, dass diese skandalösen Subventionen nun auch noch durch das Verstecken in einem anderen Titel verschleiert werden sollen. Die Erhöhung aus der Umschichtung ist wieder zu streichen